

Haushalt 2023

Haushaltsrede

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

Das ist der erste Haushaltsentwurf, den sie von mir als Kämmerer vorgelegt bekommen. Dabei ist der Entwurf ein Plan, der sich seit meinem ersten Arbeitstag entwickelt hat. Ich bin froh, ihnen heute den Haushaltsentwurf vorstellen zu können. Denn es ist ja erstmal nur ein Entwurf und es bleibt spannend, wie sich dieser weiterentwickelt.

Für mich startete der Prozess mit der Genehmigung des Haushaltes 2022, wo uns der RP schon einen Ausblick mit auf den Weg gegeben hat. Zum Beispiel hat er die hohen Haushaltsausgabereise in Höhe von rund 60 Mio. € kritisch in den Blick genommen.

Das war für mich der Anlass, schon in der Aufstellung darauf aufmerksam zu machen, dass die Haushaltsansätze in den nächsten Jahren in höherem Umfang in Anspruch genommen werden müssen.

Denn wir haben mittlerweile eine zu große Diskrepanz zwischen den Mitteln, die wir realisieren - ca. 40 Mio. € - und dem, was uns als Masse zur Verfügung steht: Anfang des Jahres ca. 110 Mio. €. Anders gesagt: Wir hängen in unseren Investitionen – rein finanziell – zwei Jahre hinterher.

Diese Feststellung hat uns im gesamten Prozess begleitet, was dazu geführt hat, dass die Investitionen in diesem Entwurf niedriger ausfallen als zuvor – aber dazu später mehr.

Wie sieht die Haushaltsslage derzeit aus?

Wir sind noch gut unterwegs – auch weil höhere Gewerbesteuerereinnahmen da sind als erwartet und in bestimmten Bereichen weniger ausgegeben wird als geplant. Der Abschluss 2021 hat gezeigt, dass wir deutlich besser als erwartet durch die Hochphase der Pandemie gekommen sind.

Allerdings – und auch das ist weder eine Floskel noch Ihnen unbekannt - sind wir aus der einen Krise in die andere Krise gerutscht.

Nach Corona spüren wir nun die Folgen des völkerrechtswidrigen Krieges Putins gegen die Ukraine:

Durch diese Folgen und dem Energiekrieg, in dem wir uns derzeit befinden, steigen in den folgenden Bereichen unsere Aufwendungen:

Zum einen haben wir höhere Energiekosten. Da zahlt es sich schon heute für uns aus, dass wir unsere Gebäude energetisch sanieren, und wir schon lange auf eine effiziente Nutzung unserer genutzten Energie schauen. Wenn beispielsweise der Städtetag nun anstrebt, die Straßenbeleuchtung langfristig auf LED umzustellen, können wir hier in Gießen schon einen Haken dranmachen.

Des Weiteren haben wir viel höhere und teilweise auch noch täglich steigende Baukosten, was zum einen die Planungen erschwert, aber auch unsere Personalressourcen bindet. Für manche Gewerke lohnt es sich eher eine Vertragsstrafe zu zahlen, als für die alte Kalkulierung zu arbeiten.

Die Inflation im Allgemeinen führt dazu, dass ein Euro Steuer, den wir heute einnehmen, schlichtweg weniger bewegt, als noch vor zwei Jahren.

Letztlich haben sich durch den Krieg die Aufwendungen für die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer, die, wie Sie wissen, nach UN-Kinderrechtskonvention natürlich einen besonderen Schutz verdienen, erhöht.

Wir müssen auf Veränderungen reagieren.

Wir wollen aber auch von uns aus gestalten und die Ziele erreichen, die Sie sich und uns, dem Magistrat, gegeben haben. Der Zielkatalog ist für uns in erster Instanz der Koalitionsvertrag. Er ist die Umsetzung des Willens der Mehrheit der Stadtverordneten in diesem Saal und somit die direkte Umsetzung der Mehrheit des Wählerwillens der Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt Gießen.

Dieser Wählerwille beinhaltet den ökologisch-sozialen Fortschritt für Gießen und die Umsetzung sämtlicher Projekte, die zur Erreichung im Koalitionsvertrag beschrieben worden sind.

Er beinhaltet einen starken Klimaschutz und die Umsetzung des Beschlusses Gießen 2035null.

Er beinhaltet die Umsetzung der Verkehrswende, mehr Sicherheit auf den Straßen und mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.

Und die Bürgerinnen und Bürger, wie auch unsere Wählerinnen und Wähler, erwarten von uns für gute Rahmenbedingungen für Bildung in unserer Stadt zu sorgen.

Zudem wollen wir die Digitalisierung in den Schulen aber auch in der Verwaltung voranbringen und den sozialen Wohnungsbau stärken. Dabei bleibt es außerdem unsere Aufgabe unsere bestehende Infrastruktur zu erhalten.

Das alles kostet Geld, aber -und da erzähle ich Ihnen auch nichts Neues- an diesen Stellen einzusparen wäre eine Milchmädchenrechnung.

In verschiedensten wissenschaftlich eruierten Modellen lässt sich heute schon prognostizieren, dass jeder jetzt nicht investierte Euro in den Bereichen Klimaschutz, Bildung, und Verkehrsentwicklung, in den kommenden Jahren mit einem Vielfachen an Folgekosten verbunden sein wird.

Klar ist bei unseren Zielen und Herausforderungen immer: Wir müssen hier auch in Zukunft weiterhin hart daran arbeiten, den Spagat zwischen einem ausgeglichenen, zumindest genehmigungsfähigen Haushalt bei gleichzeitiger Erhaltung unserer öffentlichen Daseinsvorsorge und maximal möglichen Investitionen hinzubekommen.

Wie wir uns das vorstellen, das möchte ich Ihnen nun skizzieren:

Fangen wir mit dem **Ergebnishaushalt** an.

Die schlechte Nachricht zuerst und das machen wir uns nicht einfach:

Der Haushalt 2023 kann nicht ausgeglichen aufgestellt werden. Schon für den laufenden Haushalt 2022 musste ein Defizit von rd. 8,5 Mio. € ausgewiesen werden. Dieses Defizit erhöht sich für den Haushalt 2023 auf rd. 13,9 Mio. €.

Letztes Jahr hatte der Entwurf noch ein Defizit von 11,6 Mio € ausgewiesen, erst durch die Verabschiedung des Haushaltes und der Magistratsänderungsliste konnte eine Reduzierung des Defizits um fast 3 Mio € erreicht werden.

Ich hoffe, dass wir auch dieses Jahr die nächsten Monate gegebenenfalls noch dazu nutzen können, um das Defizit zu reduzieren. Sehe aber auch im Vergleich zum letzten Jahr höhere Risiken, auf die ich später noch im Detail eingehen werde.

Die Ursache für die Ausweitung des Defizits liegt in der Steigerung der Aufwendungen, die leider nicht durch mit anwachsende Erträge in gleicher Größenordnung ausgeglichen werden können.

In nahezu allen Aufwandsbereichen sind Steigerungen vorgesehen:

Mit rd. zusätzlichen 4,4 Mio. € steigen die Aufwendungen für Personal- und Versorgung. Neben eingeplanten Tarifsteigerungen führt insbesondere die Schaffung von zusätzlichen rund 62,66 Stellen zu der Ausweitung.

Die Schaffung dieser Stellen ist aus Sicht des Magistrats aus mindestens drei Gründen erforderlich:

Zum einen rein quantitativ. Unsere Stadt wächst: Und das im rasanten Tempo. Mittlerweile nennen über 90.000 Menschen Gießen ihr Zuhause. Gleichzeitig müssen wir als Dienstleisterin mit den Anforderungen mitwachsen. Machen wir es ganz konkret: Mehr Menschen verursachen mehr Müll:

Alleine sieben Stellen werden wir im Stadtreinigungs- und Fuhramt neu besetzen. Mehr Menschen in der Stadt ergibt aber auch mehr Aufgaben für das Standesamt und mehr Aufgaben für das Ordnungsamt. Mehr Menschen bedeuten auch mehr Familien und Kinder in der Stadt, was zu mehr Aufgaben für das Jugendamt führt.

Zum anderen auch qualitativ: Dabei sind die Anforderungen und Bedarfe, die die Gießenerinnen und Gießener an eine moderne Verwaltung stellen genauso vielfältig wie sie selbst.

Wir sind froh über die diverse Sozialstruktur unserer Bevölkerung.

Die Anforderungen an eine Verwaltung sind ebenfalls gewachsen.

Seit Jahren ist von Digitalisierung die Rede und wir sind noch mittendrin. Digitalisierung muss von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgesetzt werden.

Seien es ganz klassisch die Umwandlung von Papierdokumenten in eine Datenbank oder die Digitalisierung von Prozessen und die Herstellung der dafür nötigen Infrastruktur.

Und denken Sie bitte auch daran, dass wir in punkto Digitalisierung auch unsere Schulen mit abdecken und dass es dann dort Support braucht.

Und last but not least – Im Hoch- und Tiefbauamt werden die Aufgaben immer komplexer. Während auf der einen Seite eine Vielzahl – und eine stetig steigende Zahl – von Normen und Vorschriften die technischen Aspekte prägen, wachsen auf der anderen Seite unsere Ansprüche an die Infrastruktur – neben der reinen Funktion – zum Beispiel einer Turnhalle – müssen wir Themen, wie

- Ressourcenschonendes Bauen,
- ein Energiemanagement, was erneuerbare Energien maximal möglich ausnutzt,
- oder Klimaanpassung, wie Regenwasserrückhaltung und Speicherung
-

in unsere Planungen mit einbeziehen, um unsere Infrastruktur für die Zukunft fit zu machen.

Drittens befinden wir uns grundsätzlich aber auch in vielen Stellen in der Verwaltung in einem Umbruch. Stichwort Nachwuchsgenerierung. In einigen Bereichen ist der Altersschnitt hoch. Dennoch wollen wir keinen harten Schnitt, wenn jemand Älteres geht, sondern eine Einarbeitungszeit.

Wir wollen unser Know-How – was auch einen Wert bedeutet - und unsere Kompetenzen gerne halten. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass hier aber ggf. auch in Zukunft Stellen dann wieder wegfallen können.

Unser Ziel ist eine Stärkung unserer Personalstruktur. Was diesmal auch ein Schwerpunkt dieses Haushaltsentwurfs ist.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind mit rd. 3,1 Mio. € höher veranschlagt als 2022. Dies ist eine notwendige Reaktion auf die Preissteigerungen, insbesondere im Bereich der Energie.

Außerdem erhöht sich die Nettozinsbelastung per Saldo um rd. 0,8 Mio. €, weil die vorgesehene Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre sowie der Folgejahre auch weiterhin nur durch zusätzliche Kredite finanziert werden kann und die damit einhergehenden Zinsen höher als in den Vorjahren ausfallen werden.

Den Anstieg des Zinsniveaus können wir seit einigen Monaten verfolgen und aus meiner Sicht wird sich dieser Anstieg im Jahr 2023 fortsetzen, was die Refinanzierung unserer Investitionstätigkeit verteuert.

Das erfreuliche ist: Die Erträge steigen, allerdings nicht im gleichen Umfang wie die Aufwendungen:

Wir haben einen kräftigen Anstieg bei der Gewerbesteuer von 10 % auf 55 Mio. € eingeplant. Dieser Ansatz trägt der sehr guten Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung. Wir müssen aber beachten, dass ein Aufkommen von 55 Mio. € erst einmal in der Geschichte der Stadt Gießen erreicht wurde.

Daher darf dieser Ansatz durchaus als offensiv und mutig bezeichnet werden. Die Veranschlagung höherer Steuererträge führt in diesem Zusammenhang auch zu einer Ausweitung der Aufwendungen für die Gewerbesteuer- sowie Heimatumlage.

Auch bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer konnten wir mit rd. 2,4 Mio. € höhere Erträge veranschlagen. Hier spiegeln sich die Ergebnisse aus der Steuerschätzung von Mai wieder.

Zu beachten ist hierbei insbesondere, dass die Entwicklung der Einkommenssteuer durch Steuerrechtsänderungen – insbesondere die seit Mai beschlossenen und derzeit sich in Vorbereitung befindlichen – negativ beeinflusst werden kann.

Sowohl die Steigerungen bei der Gewerbesteuer als auch bei den Einkommensteueranteilen können also durchaus noch im Rahmen der Magistratsänderungsliste nach unten zu korrigieren sein.

Im Moment gehen wir nach unseren Hochrechnungsergebnissen von Mai davon aus, dass wir geringere Schlüsselzuweisungen im Umfang von rd. 4,3 Mio. € zu verkraften haben werden.

Jedoch sind hier durch strukturelle Verschiebungen innerhalb des Finanzausgleichs bei den unterschiedlichen Empfängergruppen evtl. noch zusätzliche Erträge zu erwarten.

Die entsprechenden Berechnungen liegen uns erst im Laufe des Oktobers vor und werden bei Bedarf für die Änderungsliste angemeldet.

Finanzhaushalt

Kommen wir zum Finanzhaushalt.

Der Finanzhaushalt zeigt unsere Liquiditätsentwicklung:

Wenn wir den Haushalt 2023 ausführen, wie er hier geplant vorliegt, wird sich der Bestand unserer liquiden Mittel – also unser Zahlungsmittelbestand – um rd. 19,3 Mio. € verringern.

Das ist vertretbar, weil wir davon ausgehen, dass wir zum Jahresende 2022 einen Liquiditätsbestand von rd. 82 Mio. € aufweisen werden.

Ich führe diesen Punkt aber beim Blick auf den Finanzhaushalt zu Beginn an, weil wir auch diese Entwicklung kritisch beobachten müssen.

Es wird aus meiner Sicht in den nächsten Jahren also darauf ankommen, dass wir wieder ausgeglichene Haushalte aufstellen um unseren Zahlungsmittelbestand erhalten zu können.

Nur mit einem Polster aus Ergebnis- und Liquiditätsrücklagen können wir unsere Entscheidungsfähigkeit zur Umsetzung unserer Projekte auch in Zukunft erhalten.

Im Jahr 2023 sind rd. 42,8 Mio. € für Investitionsauszahlungen veranschlagt. Damit sinken die Investitionen zwar um rd. 7,7 Mio. € im Vergleich zum Haushalt 2022, liegen aber ungefähr auf dem realisierten Niveau des Jahres 2020 bzw. rd. 3 Mio. € über dem realisierten Niveau des Jahres 2021.

Um diese Investitionen zu finanzieren müssen wir auf zusätzliche Kredite von 16,4 Mio. € zurückgreifen. Die Nettoneuverschuldung sinkt gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,4 Mio. € von 21,8 Mio € auf 16,4 Mio €.

Der Rückgriff auf zusätzliche Schulden zur Finanzierung der Investitionen ist notwendig, da wir zur Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Infrastruktur zahlreiche Projekte fortsetzen bzw. neu beginnen müssen.

Die nun folgenden Beispiele der großen Investitionsmaßnahmen zeigt, dass wir dabei breit und in unterschiedliche Handlungsbereiche investieren.

Vor allem investieren wir in unsere Zukunft, zum Beispiel, indem wir in unsere Bildungseinrichtungen investieren – und das im doppelten Sinne.

Einerseits in die Ausbildung – andererseits in die Effizienz der Gebäude.

Ich lade Sie ein: gehen Sie mal an die Ostschule. Dort sehen wir bildlich, in welcher Lage wir uns befinden.

Auf der einen Seite ein großartiger neuer Trakt, der vor zwei Wochen vorgestellt wurde, mit Lernorten der Zukunft und energetisch auf dem neuesten Stand.

Ein Stück weiter am selben Gebäude marode Bausubstanz und Vorhalteeinrichtungen um das Regenwasser zurückzuhalten, damit es nicht in die Klassenräume tropft.

Über 50 Jahre alte Bausubstanz, die tagtäglich von über 2000 Menschen benutzt wird. Natürlich muss dort investiert werden.

Der kürzlich erst erschienene Klimaschutzbericht hat zudem aufgezeigt, dass gerade die Wärme das größte Einsparpotential für die Stadtverwaltung bedeutet.

Das heißt, dass wir durch die Dämmung unserer Gebäude und der Automatisierung Jahr für Jahr Energie einsparen - bei den aktuellen Preisen ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Selbstverständlich spielt das bei unseren städtischen Gebäuden und insbesondere bei den Schulen eine große Rolle und findet bei allen Sanierungsmaßnahmen eine große Bedeutung – auch wenn nicht in jeder Vorlage das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 steht.

Ein großer Posten ist die Investition in unsere Landesstraßen und Gemeindestraßen. Darin stecken für die 270 km Straße oftmals auch Projekte für den Rad- und Fußverkehr dahinter. Beispielsweise wird hier mit 400.000 € auch die Umsetzung der Maßnahmen in der Ludwigstraße finanziert, und ein Großteil der 1,8 Mio € fließt in die grundhafte Sanierung und Verbesserung von Fußwegen.

Nach der Sanierung der Ludwigstraße wollen wir zudem die Bismarckstraße angehen und neben den Sanierungen an die aktuellen Bedürfnisse anpassen.

Nächstes Jahr werden wir in Summe etwa eine Millionen Euro in Radwege investieren – der Verkehrsversuch, der in weiten Teilen im Ergebnishaushalt abgebildet ist, ist darin nicht mit eingerechnet.

Zudem schreitet die Digitalisierung in der Verwaltung und in den Schulen voran. Ich habe das vorhin beim Stellenplan kurz erörtert. Neben Personal muss natürlich auch in Infrastruktur investiert werden. Das kostet auch Geld, und ist daher an sechster Stelle unter den größten Investitionsbedarfen.

Und meine Damen und Herren, wenn wir bei den größeren Posten in unserem Investitionshaushalt sind, müssen wir natürlich auch über die Sanierung der Kongresshalle sprechen.

Unsere Stadthalle. Darüber wurde hier schon mehrfach gesprochen, der Fahrplan vorgestellt.

Die Investitionen in die größte Stadthalle Gießens und der Investitionszuschuss für die Stadthallen GmbH sind wichtig und richtig. Wir müssen für unsere Bürgerinnen und Bürger, für unsere Vereine und Verbände diese Orte der Begegnung und des Austauschs, sowie Kultur- und Sportorte weiter bewahren.

Dabei haben wir hier schon abgewägt, welche Investitionen den Anforderungen an die Kongresshalle gerecht werden.

Zu zwei Investitionsprojekten sind aus meiner Sicht besondere Hinweise erforderlich, da sie sich derzeit nicht im Plan befinden, wie sie sich aktuell darstellen:

Zum einen geht es um das Blecher-Gebäude:

Im Jahr 2020 haben wir beschlossen (*STV/2172/2020*), dass zur Schaffung von zusätzlichen Büroarbeitsplätzen ein Mietvertrag für ein neu zu errichtendes Gebäude auf einem Grundstück an der Ostanlage 29 – 31 geschlossen werden soll.

Der Mietvertrag wurde abgeschlossen, das Gebäude wurde errichtet und mittlerweile schon durch das Jugendamt bezogen.

Bereits damals wurden Überlegungen für einen Ankauf des Gebäudes angestellt. Die Stadt hat sich eine Ankaufsoption vertraglich gesichert.

Wir haben nun Berechnungen angestellt um zu prüfen, ob ein Ankauf für uns vorteilhafter als eine dauerhafte Miete ist.

Nach unseren Berechnungen ist dies der Fall.

Allerdings ist die Finanzierung des Ankaufs nur durch die Aufnahme von zusätzlichen Krediten möglich.

Der Ankauf ist im vorliegenden Haushalt 2023 deshalb noch nicht enthalten. Im Moment stimmen wir mit dem Regierungspräsidium ab, ob von dort die Finanzierung für den Ankauf im Wege der Aufnahme von zusätzlichen Krediten genehmigt werden würde.

Wenn wir ein positives Signal von dort erhalten, möchten wir den Ankauf auf diesem Wege noch über die Magistratsänderungsliste in den Haushalt 2023 einbringen und nach Möglichkeit im Jahr 2023 abwickeln.

Neben einer Entscheidung über die Aufnahme in den Haushalt durch die Stadtverordnetenversammlung, werden wir – wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind – noch eine gesonderte Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vor dem Ankauf vorlegen.

Ein zweites besonderes Investitionsprojekt ist der Ersatzneubau der Sporthalle an der Liebigschule.

Zur Realisierung dieses Projektes wurden alternative Finanzierungsmodelle geprüft. Wie Sie wissen, wären die Baukosten für den Bau mit 16,3 Millionen Euro mit erheblichen Mehrbelastungen für den städtischen Haushalt über Jahre hinweg verbunden. Bei aktueller Baupreientwicklung ist eine 20%ige Steigerung der Kosten auf ca. 20 Millionen nicht ausgeschlossen.

Daher werden wir uns -wenn Sie heute zustimmen- auf die Suche nach einem Bauträger machen, mit dem wir das Projekt über den Abschluss eines Erbbaupacht- und langfristigen Mietvertrags realisieren können.

Das entlastet den Städtischen Investitionshaushalt über Jahre. Klar muss dabei sein: Wir vermeiden hiermit zwar eine höhere Netto-Neuverschuldung, allerdings belasten wir damit den Ergebnishaushalt.

Der Haushalt ist auch immer ein Blick über das Jahr 2023 hinaus- mit der Finanzplanung bis 2026

Mir ist es wichtig, dass wir die Haushalts- und Finanzplanung nicht nur jahresbezogen, sondern mittelfristig ausrichten. Daher müssen wir uns vergegenwärtigen, dass dieser Haushaltsentwurf bis zum Jahr 2026 Haushaltsfehlbeträge im Ergebnishaushalt von rd. 64,4 Mio. € sowie im Finanzhaushalt eine Nettoneuverschuldung von rd. 94,7 Mio. € beinhaltet. Auf die Entwicklung der Liquidität bin ich bereits eingegangen.

Zum Schluss möchte ich anhand von Beispielen noch einmal auf die Risiken eingehen und wie wir damit umgegangen sind:

Die zu Beginn des Jahres 2022 eingesetzte überdurchschnittlich hohe Inflation verursacht höhere Aufwendungen in nahezu allen Bereichen.

Wir haben die Mehrbedarfe kalkuliert und so gut wie absehbar in den Haushaltsentwurf einbezogen.

Jedoch sind einige Entwicklungen im Moment nicht absehbar. Dies betrifft z. B. die Entwicklung der Energiepreise. Insofern ist also nicht auszuschließen, dass hier im Haushaltsvollzug 2023 höhere Aufwendungen anfallen werden.

Ein weiteres Risiko liegt in der weiteren Entwicklung unserer Steuererträge: Die städtischen Steuern und Steueranteile befinden sich insgesamt seit mehreren Jahren auf einem Wachstumskurs – dies ist sehr erfreulich.

Die Zuwächse stehen mehr oder weniger in direktem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn allerdings nun eine Stagnation der Wirtschaftsleistung – etwa im Zusammenhang mit der eben angesprochenen Inflation – erfolgen wird, ist mit rückläufigen Steuererträgen zu rechnen.

Wir haben für diesen Fall vorgesorgt, weil wir uns Rücklagen erarbeitet haben. Allerdings müssen wir in diesem Fall auch Haushaltssicherungsmaßnahmen ergreifen. Die Steigerungen in den Aufwendungen der vergangenen Jahre könnten dann nicht mehr weitergeführt werden.

Aus dieser Situation heraus erkenne ich auch derzeit keinen Spielraum zur Reduzierung von Steuern.

Wir haben in den letzten Jahren in vielen Bereichen Mittel vom Land, Bund und der EU für Projekte in Anspruch genommen. Hier werden wir in den nächsten Jahren weiterhin drauf achten, Gelder aus sämtlichen für uns in Frage kommenden Fördertöpfen zu beantragen.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor schwierigen Zeiten und ich will Ihnen Floskeln von Gürteln, die enger geschnallt werden müssen, ersparen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die wir aber gemeinsam meistern können. Dieser Haushalt ist ein Teil der Skizze dazu.

Wir stellen diesen Haushalt vor dem Hintergrund von unsicheren Zeiten auf. Aber, und das ist mir wichtig: Wir investieren dennoch in unsere Zukunft, unsere Stadt, unsere Infrastruktur und die personelle Ausstattung. Denn nur wer mutig seine Zukunft mitgestaltet, kann auch Zuversicht geben.

Last – but not least - möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danken, die viel Zeit und Mühen in diesen Entwurf gesteckt haben.

Vor allem möchte ich Herrn Dr. During und seinem Team in der Kämmerei danken, die die Zahlen wieder in professioneller Art und Weise sortiert, aufbereitet, bewertet und erklärt haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen -wie Herr Dr. During- für Fragen zu dem vorgelegten Haushalt gerne zur Verfügung.